

Kurt Gossweiler

DIE ERSTEN DREI JAHRE IM „TAUSENDJÄHRIGEN REICH“

1928 mit den Eltern – d.h. mit meiner Mutter und ihrem zweiten Mann, Adolf Reichle – , von Stuttgart nach Berlin übersiedelt, war ich seit 1931 Schüler der damals weithin bekannten Karl-Marx-Aufbauschule in Neukölln des sozialdemokratischen Schulreformers Fritz Karsen. Mit meinem Schulfreund aus der Volksschule, Werner Steinbrink, mit dem ich gemeinsam an die Karl-Marx-Schule (KMS) übergewechselt war, traten wir dort in die kommunistische Schülerorganisation ein, die sich „Sozialistischer Schülerbund (SSB) nannte. Einige unserer neuen Klassenkameraden waren in der sozialdemokratischen „Sozialistischen Schülergemeinschaft“ (SSG) organisiert, was jedoch unserem Zusammengehörigkeitsgefühl als Schüler unserer Karl-Marx-Schule keinen Abbruch tat.

Der Besuch dieser Schule hat in mancherlei Hinsicht lebenslange Wirkungen getan, die nachhaltigste und glücklichste dadurch, dass ich in die gleiche Klasse kam wie das Mädchen , das allen, die uns kennen, als Edith Gossweiler bekannt ist.

Als das Jahr 1933 begann, war ich 15 Jahre alt und in der Obertertia. Die letzten Monate des alten Jahres hatten – wie wir vom SSB es sahen – einige Ereignisse gebracht, die uns mit gestärkter Zuversicht dem neuen Jahr entgegensehen ließen. Das war einmal die große Herbststreikwelle mit dem BVG-Streik als Höhepunkt, die den Reichskanzler Papen zum Rücktritt zwang, und das war zweitens das Ergebnis der November-Reichstagswahlen: die KPD hatte siebenhunderttausend Stimmen hinzugewonnen gegenüber der Reichstagswahl vom Juli 1932, die Nazipartei aber hatte zum ersten Mal seit 1928 nicht mehr Stimmen hinzugewonnen, sondern zwei Millionen Stimmen verloren! Aber wir waren uns doch auch darüber klar, dass damit die Gefahr einer Nazidiktatur noch nicht beseitigt war.

Der Januar 1933 brachte trotz der Beschwichtigungspolitik der Schleicher-Regierung in der zweiten Hälfte eine enorme Zuspitzung der Polarisierung der Kräfte.

Am 22. Januar marschierte die SA, geschützt durch eine beidseitig begleitende Polizeikette und gepanzerte Polizeifahrzeuge, durch das rötteste Berlin am Karl-Liebnecht - Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD vorbei, durch eine Gasse wütender, sie verfluchender und zur Hölle wünschender antifaschistischer Berlinerinnen und Berliner, ich natürlich mit dabei, der ich zu meiner großen Freude in der Menge auch Erich Mühsam entdeckte, der wie wir alle seiner Wut und seinem Hass gegen die Nazis lautstark Ausdruck gab.

Drei Tage später, am 25. Januar, war ich dabei, als das antifaschistische Berlin auf diese Naziprovokation eine machtvolle Antwort gab: bei bitterster Kälte zogen Hundertdreißigtausend in einem stundenlangen Marsch aus allen Stadtteilen zum Karl-Liebnecht-Haus und bekundeten dort Ernst Thälmann und den anderen Genossen der Führung der Kommunistischen Partei ihre Entschlossenheit, den Machtantritt des Faschismus nicht zuzulassen.

Die Herrschenden, die entschlossen waren, Hitler die Macht zu übertragen, ließen sich davon allerdings nicht beeindrucken, wussten sie doch, dass sie sich auf die Führung der SPD und der Gewerkschaften verlassen können: die würden einer „legalen“ Übertragung der Macht an Hitler keinerlei Widerstand entgegensetzen, sondern ihren Anhängern Stillhalten verordnen.

Als wir dann am 30. Januar die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erfuhren, haben wir – die Genossen des SSB und die Schulkameraden der KMS – bei weitem nicht ermessen können, was das für uns, für Deutschland und die Welt bedeuten würde. Wir hatten natürlich keinen Zweifel an der Brutalität der Nazis und daran, dass Hitler Krieg bedeutete. Aber wir waren überzeugt davon, dass es auch den Nazis nicht gelingen würde, acht Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit zu geben. Es fehlte uns entschieden die Fähigkeit zu einer realistischen Einschätzung, wie sie Ernst Thälmann in seiner Rede am 7. Februar 1933 auf der illegalen ZK-Tagung der KPD in Ziegenhals vortrug, die wir damals natürlich noch nicht kennen lernten.

Aber wir und der Kreis unserer Bekannten sollten schnell ganz persönlich von einschneidenden Veränderungen betroffen werden. Wir wohnten damals in der berühmten Britzer „Hufeisensiedlung“ des Architekten Bruno Taut, in der jede Straße den Namen einer Figur aus den Werken von Fritz Reuter trägt, daher auch der Name „Fritz-Reuter-Siedlung“.

Zu den unmittelbar nach der faschistischen Reichstagsbrandstiftung vom 27. Februar Verhafteten gehörte auch Erich Mühsam. Mit ihm und seiner Frau Zenzl, die in unserer Nachbarschaft wohnten, waren meine Eltern befreundet.

Einige Tage nach Erichs Verhaftung kam Zenzl zu meiner Mutter und fragte sie, ob sie bereit sei, Kladden von Erich bei uns zu verstecken. Natürlich sagte meine Mutter zu, und wir versteckten einige davon unter dem Kleiderschrank, andere im Ofen des Schlafzimmers meiner Eltern. Es dauerte aber gar nicht lange, da kam eines Tages ein Polizeibeamter in Begleitung eines SA-Hilfspolizisten, um eine Haussuchung bei uns durchzuführen. Meine Mutter lag an diesem Tage krank im Bett. Der Polizist hieß den SA-Mann im Flur zu warten, er werde die Durchsuchung vornehmen. Er schaute sich im Zimmer um und leuchtete mit seiner Taschenlampe auch in den Ofen. Meiner Mutter und mir stockte das Herz. Der Polizist machte aber seine Lampe wieder aus und ging hinaus, und sagte nur kurz zu dem SA-Mann: „Da ist nichts“. Offenbar war das noch einer aus der alten sozialdemokratischen Preußenpolizei, der den Nazis ebenfalls nicht grün war.

Natürlich sagten wir Zenzl gleich, was passiert war, und sie holte deshalb die Kladden wieder ab, um sie sicherer unterzubringen.

Das war auch sehr notwendig, denn wenn irgendwo in diesen Monaten eine Anti-Nazi-Losung in Britz auftauchte, gehörten wir, die wir zu jeder der fünf Wahlen 1932 die rote Fahne mit Hammer und Sichel herausgehängt hatten, zu den Tatverdächtigen, bei denen eine Haussuchung durchgeführt wurde. Wir konnten uns in Britz schon aus diesem Grunde nicht mehr halten.

Meine Eltern pachteten ein kleines Grundstück in Grünau, auf dem mein Vater, der Architekt, aber seit Jahren arbeitslos war, zusammen mit seinem Bruder ein kleines Häuschen errichtete. Solange daran noch gebaut wurde, wohnten meine Eltern bei Bekannten, ich selbst kam zunächst bei Zenzl Mühsam unter, bekam dann aber Unterkunft in der Wohnung meines Schulkameraden Lussi Abramovitsch, mit dem ich sehr eng befreundet war. Er wohnte bei seiner Mutter in Wilmersdorf, die als Psychotherapeutin arbeitete. Die Eltern Lussis waren geschieden, sein Vater war der bekannte Menschewik Abramovitsch und lebte in Brüssel.

Lussi verbrachte fast den ganzen Tag nach der Schule in einem Kinderheim. Dessen Träger war ein „Verein zum Schutz der Kinder russischer Juden in Deutschland“. Lussi führte mich dort ein, und ich war das ganze Jahr 1933, solange ich bei Lussi wohnte, zu diesem Heim gehörig und von allen kameradschaftlich in ihren Kreis einbezogen.

Damals waren aus Protest gegen den Antisemitismus der Nazis die Kommunisten, die ich kannte, genau wie ich selbst, „Philosemiten“, obwohl uns früher nie interessiert hatte, ob einer Jude oder was sonst war.

Der zweite große Einschnitt nach dem 30. Januar, der mich und meine Mitschüler persönlich betraf, war die Liquidierung der Karl-Marx-Schule und ihre Umwandlung in eine dem braunen Ungeist entsprechende Lehranstalt.

Am 21. Februar wurde Fritz Karsen abgesetzt, für eine kurze Zwischenzeit wurde sein Stellvertreter, ebenfalls ein progressiver Schulreformer, Karl Sturm, Leiter der Schule. Eine seiner ersten Maßnahmen war die Einberufung des Schülerrates, der aus je einem Vertrauensschüler aus jeder Klasse bestand. Ich habe an dieser Sitzung als Vertreter unserer Klasse teilgenommen. Hauptgegenstand der Sitzung war eine Vertrauenserklärung für den abgesetzten Direktor Fritz Karsen, die von seinem Nachfolger vorgelegt und einstimmig – sogar mit der Stimme des einzigen Nazi-Schülers in dieser Runde – angenommen wurde.

Aber auch Sturm wurde sehr bald abgesetzt, und nach einem weiteren kurzen Direktorat eines zweiten provisorischen Nachfolgers wurde der Nazilehrer Schwedtke zum Direktor ernannt. Er war an der KMS im Jahre 1929 schon einmal für ein halbes Jahr als Lehrer tätig gewesen, aber wegen mangelnder pädagogischer Fähigkeiten gescheitert und hatte deshalb die Schule im Zorn wieder verlassen und führte von da an einen giftigen Verleumdungsfeldzug gegen die Karl-Marx-Schule in der großbürgerlichen Presse, wie Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ), Börsenzeitung, Kreuz-Zeitung u.a.

Jetzt wurden die meisten der bisherigen Lehrer entlassen, so auch unser Klassenlehrer Alfred Lewinnek und unser Deutschlehrer Alfons Rosenberg. Lewinnek wurde von uns wirklich verehrt, und viele aus unserer Klasse hielten noch längere Zeit Kontakt zu ihm aufrecht. Da er ganz in unserer Nähe – in Bohnsdorf, einem Nachbarort von Grünau - wohnte, besuchte ich ihn sehr oft, solange er noch im Lande war. Erst im Jahre 1939 emigrierte er, wie ebenfalls Alfons Rosenberg, zu dem ich auch ständig Kontakt hielt, nach England. Nach dem Kriege wurde in den sechziger Jahren der briefliche Kontakt wieder hergestellt, in den achtzigern - leider erst nach dem Tode von Alfred Lewinnek -, konnte ich in London Frau Lewinnek und Alfons Rosenberg besuchen.

Wir bekamen nun eine neue Klassenlehrerin, ein Fräulein Schwarzer, das uns – sei es aus braunem oder einfach aus Dienst- Eifer aufforderte, geschlossen in die Hitlerjugend (HJ) bzw. die Mädchen in den „Bund deutscher Mädchen“ (BdM) einzutreten. Das haben wir geschlossen verweigert. Daraufhin stellte sie uns ein Ultimatum: sie werde uns für zehn Minuten verlassen. Wenn sie wiederkomme, dann müsse sich jeder von uns entweder für die HJ/BdM oder für den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) entschieden haben.

Nachdem sie gegangen war, wurden wir uns nach kurzer Beratung einig: Wir teilten ihr mit, dass wir geschlossen dem VDA beitreten und Werner Steinbrink schon zu unserem Gruppenvorsitzenden gewählt haben. So geschah es auch, als sie wiederkam und nach unserer Entscheidung fragte. Mit etwas säuerlicher Miene nahm sie das zur Kenntnis, gab sich aber damit zufrieden.

Im SSB hatten wir uns bisher vor allem damit beschäftigt, regelmäßige Versammlungen aller Neuköllner Mitglieder zum aktuellen Geschehen durchzuführen, uns an Demonstrationen, an

Wahlagitationen zu beteiligen und in kleineren Gruppen die grundlegenden Schriften von Marx, Engels und Lenin zu studieren.

Jetzt musste die Arbeit auf die Illegalität umgestellt werden. Die Schulung wurde natürlich weitergeführt. Als neue Betätigungen kam aber hinzu die Verteilung von zentralem illegalem Material, wie die Rote Fahne oder auch Erklärungen und Flugblätter zu bestimmten Ereignissen, wie etwa dem Reichstagsbrand und zum Dimitroff-Prozess; ferner die Anfertigung, Verteilung und Anbringung selbstgefertigter Klebezettel, seltener auch eigener Flugblätter.

Die Liquidierung der KMS führte dazu, dass viele Schüler aus den weiter entfernten Stadtteilen Berlins, darunter vor allem auch Genossen des SSB, in eine in ihrem Stadtteil gelegene Schule überwechselten. Der SSB zerfiel auf diese Weise, und seine Mitglieder wurden in die jeweilige Stadtteilorganisation des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) eingegliedert. Auf diese Weise wurden Werner Steinbrink und ich Mitglied des KJVD Unterbezirk Süd-Ost, dessen bisherige Mitglieder keine Schüler, sondern junge Genossinnen und Genossen waren, die schon im Berufsleben standen. Leiter des Unterbezirks war unser bisheriger Vorsitzender des SSB, Herbert Ansbach, der auch Schüler einer der oberen Klassen der KMS gewesen war. Zur Leitung gehörte auch Herbert Baum, der spätere Begründer und Leiter der nach ihm benannten Gruppe jüdischer Jugendlicher. Werner Steinbrink wurde ebenfalls in die Leitung aufgenommen und arbeitete eng mit Herbert Baum zusammen, dies auch, nachdem, durch die Nürnberger Gesetze erzwungen, aus Sicherheitsgründen eine organisatorische Trennung von den jüdischen Genossen erfolgt war.

Werner Steinbrink unternahm im Auftrage des Verbandes im Sommer 1933 eine Tramper-Reise nach Paris zu einem internationalen kommunistischen Jugendtreffen, bei dem auch eine Beratung der KJVD-Führung mit Jugendgenossen aus Deutschland durchgeführt wurde.

Im Sommer 1934 unternahm er eine solche Reise ein zweites Mal, diesmal aber nicht alleine, sondern er nahm noch zwei Genossen aus unserer Gruppe, nämlich mich und noch einen anderen Genossen, mit. Uns dreien schlossen sich noch in Berlin – offenbar vorher mit Werner verabredet – drei Jugendgenossen der von Brandler und Thalheimer nach ihrem Ausschluss aus der KPD 1928 gegründeten „KPD-Opposition“ (KPO) an, die – wie mir erst in Paris klar wurde – ihre beiden zu dieser Zeit, wie sie wussten, in Paris lebenden Parteiführer besuchen wollten.

Wir starteten am 4. Juli 1934 – 4 Tage nach dem Blutbad des 30. Juni in Nazi-Deutschland – in zwei Gruppen mit dem Etappenziel Saargebiet, weil das damals noch nicht zu Deutschland gehörte, sondern unter Völkerbundsmandat stand. Daher war es möglich, ohne Passkontrolle aus Deutschland ins Saargebiet, und von da ebenfalls ohne Passkontrolle nach Frankreich zu kommen. Das war wichtig, weil nur drei von uns einen gültigen Pass hatten, die anderen also gewissermaßen auf Schleichwegen nach Frankreich gelangen mussten.

Am 11. Juli erreichte ich das Saargebiet, bekam aber kein Auto nach Saarbrücken, sondern nach Neunkirchen. Der Fahrer war sehr freundlich und bot mir ein Nachtquartier in seinem Hause an, was ich natürlich sehr gerne annahm. Bei ihm hörte ich die Abendnachrichten, und was da gemeldet wurde, erfüllte mich mit tiefer Trauer und unbändiger Wut auf die Nazis: Es wurde die Lügenmeldung verbreitet, Erich Mühsam habe im Konzentrationslager Oranienburg Selbstmord begangen. Sie hatten also – das war mir klar – den ihnen seit den Tagen der Münchner Räterepublik verhassten mutigen Erich Mühsam ermordet! Diese Nachricht ließ mich lange keine Ruhe finden.

Am folgenden Tag kam ich dann nach Saarbrücken. In der dortigen Jugendherberge trafen am Abend auch die anderen vier Genossen ein. Aber Werner Steinbrink war nicht dabei, wir hatten ihn schon seit Frankfurt/Main nicht mehr gesehen. Wie sich in Paris herausstellte, war er schneller als wir vorangekommen und schon vor uns in Paris eingetroffen.

Im Saargebiet war der Wahlkampf für die Saarabstimmung im Januar 1935 im vollen Gange. Dort hatten sich die KP Saar und die SP Saar am 2. Juli in einem Einheitsfrontabkommen zum gemeinsamen Kampf gegen den Anschluss des Saargebiets an Deutschland, für den „Status quo“, also für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes, geeinigt.

Wir hatten damals den Eindruck, dass die Stimmung der Bevölkerung mehrheitlich gegen den „Anschluss“ war; in der Öffentlichkeit gab es in diesen Tagen drei beherrschende Themen, und alle drei waren gegen die Nazis und gegen den „Anschluss“ gerichtet: erstens die Ermordung Röhm, Gregor Strassers, Schleichers und vieler anderer in Deutschland; zweitens noch immer die Niederlage der Nazis im Reichstagsbrandprozess; kein Mann war – so unser Eindruck – auch im Saargebiet populärer und mehr bewundert als Georgi Dimitroff. Drittens – mit Dimitroffs Sieg über die Nazis eng zusammenhängend – eine breite Kampagne zur Befreiung Ernst Thälmanns.

Wir erfuhren aus Gesprächen und von Plakaten, dass in der Vorbereitung auf die Volksabstimmung im Januar ein Mann eine ganz hervorragende Rolle spielte: Erich Weinert. Er wohnte zu dieser Zeit im benachbarten Forbach in Frankreich, und sprach und rezitierte in unzähligen Versammlungen im Saargebiet, darunter auch sein gerade erst 1934 geschaffenes Thälmann-Lied. (1) Wir bekamen es erst in Paris in die Hand und es hat mich so sehr beeindruckt, dass ich es – in einer Schuhcremschachtel verborgen – nach Deutschland heimbrachte.

Leider ist es fast in Vergessenheit geraten, deshalb will ich hier wenigstens die erste und letzte Strophe zitieren:

*Ernst Thälmann, der ging uns voran – die Faust geballt zum Schlagen.
Kolonnen wuchsen Mann an Mann – den Kampf voran zu tragen.
Er ging voran, wo die Fahne braust – Für den Kameraden Thälmann: Hoch die Faust!*

*Dimitroff haben wir befreit – weil wir die Welt entflamnten.
Drum wieder in die Ohren schreit – den Henkern, den verdammten:
Die Welt ist wach, die Empörung braust! – Für den Kameraden Thälmann: Hoch die Faust!*

Als wir am 13. Juli die Grenze überschritten und nach Forbach kamen, war es für uns selbstverständlich, auch Erich Weinert und seine Frau aufzusuchen und ihnen die Grüße der Genossen in Deutschland zu übermitteln.

Zunächst aber kamen wir in eine brenzlige Situation. Man sah unserem Aufzug - kurze Hosen und Tornister auf dem Rücken – an, woher wir kamen. Das veranlasste einen Forbacher Bürger, uns als „Boches“ zu beschimpfen und von uns zu verlangen, dass wir uns in der nächsten Polizeiwache anmelden sollten. Wir erklärten ihm, dass wir das sowieso getan hätten, was natürlich nicht stimmte. Aber wir drei, die wir Pässe bei uns hatten, gingen dann wirklich auf die Wache und ließen uns einen Stempel in den Pass drücken, während die anderen drei Passlosen sich unauffällig verdrückten. Ein anderer Bürger, der das Ganze beobachtet hatte, sprach uns danach an und fragte, wo wir herkämen und wo wir hinwollten. Wir sagten ihm,

dass wir Hitlergegner seien und vorhatten, nach Paris zu einem Jugendtreffen zu trampeln und in Forbach Erich Weinert zu besuchen. Darauf sagte er, wenn das so sei, dann sollten wir erst mit ihm in das Lokal zu seinen Genossen kommen – er war ein Genosse der KP Frankreichs.

In der Gaststätte stellte er uns den dortigen Genossen vor, und wir beantworteten ihre vielen Fragen über die Verhältnisse in Deutschland. Dann sagten sie uns, wie wir zu Erich Weinert kommen würden. Nach einem herzlichen Abschied begaben wir uns zu der angegebenen Adresse zu Erich Weinert. Unser Besuch hatte ja etwas Überfallartiges an sich, war aber für ihn und seine Frau wiederum nicht etwas Einmaliges. Es war ihnen immer eine Freude, solche unerwarteten Besuch aus Deutschland zu bekommen, so auch jetzt der unsrige.

Das war am Freitag, den 13. Juli. An diesem Tag kamen wir noch bis St. Avold, wo wir dann in einem Kornfeld übernachteten und am nächsten Morgen, am Morgen des 14. Juli, durch das Pferdegetrappel und die schmetternden Trompeten einer Kavallerie-Einheit geweckt wurden, die auf dem Weg zu einer Parade zu Ehren des Nationalfeiertages vorbeiritten.

Am diesem Tag kamen wir über Metz, Verdun und Reims bis nach Soissons, und am 15. erreichten wir unser Ziel – Paris. Unser erster Anlaufpunkt war die Pariser Ferien-Adresse unseres ehemaligen Deutschlehrers, Alfons Rosenberg. Als wir dort eintrafen, saß zu unserer großen Erleichterung Werner Steinbrink, von dem wir seit Tagen nichts mehr gesehen und gehört hatten, gemütlich am Tisch. Wir waren endlich wieder komplett und hatten unseren „Chef“ wiedergefunden. Werner hatte schon die Verbindungen zu den in Paris befindlichen Genossen der Leitung des KJVD aufgenommen.

Wir kamen bei einem deutschen Emigranten, Werner Less, unter, der erst vor kurzem Deutschland verlassen hatte. Ich hatte ihn in Berlin kennengelernt, als ich bei Lussi wohnte. Er war mit Lussi befreundet und damals ein führendes Mitglied im jüdischen Pfadfinderbund. Dadurch hatte ich auch einige Wanderungen mit ihnen mitgemacht und einige ihrer Lieder gelernt. Jetzt freuten wir uns sehr, uns wiederzusehen.

Wir blieben bis 26. Juli in Paris. Die Tage waren angefüllt mit Treffen mit französischen Jugendgenossen und damit, die großartige Hauptstadt Frankreich so gut, wie das in so kurzer Zeit möglich ist, kennenzulernen. Dabei war uns Alfons Rosenberg, der Paris kannte und liebte, ein Führer, wie wir ihn besser kaum finden konnten.

Aus der Fülle der Erlebnisse sollen nur noch zwei erwähnt werden. Wir waren schon zwei, drei Tage in Paris, als Fritz Rabinowitsch, der Leiter der KPO-Jugend-Dreiergruppe, vorschlug, Heinrich Brandler und August Thalheimer, die in Paris lebten, zu besuchen. Trotz der Vorbehalte, die wir drei KJVdler gegen die KPO hatten – die bei uns gewöhnlich als „KP Null“ bezeichnet worden war –, stimmten wir dem Vorschlag zu, weil wir, beeindruckt und belehrt von der Einheitsfront von KP und SP im Saargebiet, uns sagten, im Kampf gegen den Faschismus müssten die Differenzen zwischen den Antifaschisten zurückgestellt werden.

So begaben wir uns also alle sechs zu den beiden Führern der KPO, zu denen wir in einem Mietshaus viele Treppen bis zu ihrer kleinen Dachwohnung hinaufsteigen mussten. Die beiden waren natürlich hochofrend über den Besuch ihrer drei Jugendgenossen und auch darüber, dass es denen gelungen war, auch uns zu bewegen, mitzukommen. Natürlich hatten die beiden viele Fragen zur Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Die Beantwortung war Sache unserer drei KPO-Genossen, wir anderen drei blieben interessierte Zuhörer.

Die zweite erwähnenswerte Begegnung war die folgende: Wir saßen in einem Café, als uns ein Mann in einer Fliegeruniform ansprach und uns fragte, ob wir aus Deutschland kämen. Es ergab sich ein Gespräch mit ihm, in dem er sich als Pilot einer dänischen Fluggesellschaft vorstellte. Er bot sich an, uns einige Sehenswürdigkeiten von Paris zu zeigen, und wir nahmen das an und zogen mit ihm im Pariser Zentrum umher. Unterwegs begegneten wir zwei jungen Leuten, die ihn auf deutsch begrüßten und von denen er uns sagte, das seien Bekannte von ihm, Studenten aus Deutschland. Die schlossen sich uns an, und schließlich führte er uns zu einem Restaurant und lud uns ein, auf seine Kosten ein Getränk zu nehmen. Dabei zeigten er und die angeblichen Studenten sich sehr daran interessiert, woher wir kamen und welchen Beruf wir hätten. Wir waren uns ziemlich sicher, es bei ihnen mit Gestapo-Spitzeln zu tun zu haben. Um das überprüfen zu können, baten wir den „dänischen Piloten“ um seine Adresse, weil wir uns von ihm noch gerne weiter helfen lassen wollten, Paris besser kennenzulernen. Er gab uns also als seinen Namen Viggo Treborg an und nannte uns eine Adresse, wo sich angeblich das Büro seiner dänischen Fluggesellschaft befände. Als wir am nächsten Tag die genannte Adresse aufsuchten, gab es dort weder einen Viggo Treborg noch eine dänische Fluggesellschaft.

Wir hatten also in Paris auch ein unvergessliches Lehrstück über die Arbeitsmethoden der Gestapo im Ausland kennengelernt.

Am 26. Juli begaben wir uns auf die Rückreise, wie beim Trampen unvermeidlich, nicht mehr alle zusammen. In den ersten Augusttagen waren wir wieder in Berlin. Die drei KPO-Genossen habe ich danach aus den Augen verloren. Von Werner Steinbrinck erfuhr ich – es mag 1935 oder 1936 gewesen sein –, dass Fritz Rabinowitsch bei einem versuchten Grenzübergang in die Tschechoslowakei gefasst und ermordet worden ist. Einen der beiden anderen KPO-Genossen – ich weiß nur noch seinen Vornamen, Georg – traf ich erst in der DDR wieder, er war SED-Genosse und arbeitete bei der Berliner Volkspolizei als Kriminalist. Er ist inzwischen verstorben.

Am 13. Januar 1935 fand im Saargebiet die Abstimmung über seine Zukunft statt: Beibehaltung des Status quo oder Anschluss an Nazi-Deutschland. Das Ergebnis war eine unerwartete Enttäuschung für uns: Von 528 005 Wählern stimmten 477 119 für den Anschluß! Nach der Stimmungslage, die wir im Sommer 1934, nach der so genannten „Röhm-Affäre“ und der Einigung der beiden Arbeiterparteien zum gemeinsamen Vorgehen erlebt hatten, hielten wir eine Mehrheit für den Status quo nicht nur für möglich, sondern für fast sicher.

Aber in der zweiten Jahreshälfte hatten die Nazis im Saargebiet offenbar mit großem Erfolg an die „nationalen Gefühle“ appelliert, und zugleich mit einer terroristischen Einschüchterungskampagne vielen den Mut genommen, gegen den Anschluss zu stimmen. Dazu kam, dass die reaktionäre nazifreundliche französische Regierung deutlich machte, dass sie nichts gegen den Anschluss des Saargebiets an Deutschland einzuwenden hätte. Der Außenminister Laval erklärte öffentlich, dass Frankreich am Ausgang der Abstimmung nicht interessiert sei.

Damit gab er das Leitmotiv der Regierungen Frankreichs und Englands an, das im Jahre 1935 bis zum Münchener Abkommen 1938 und bis zur Hinnahme der Besetzung der Tschechoslowakei 1939 ihrer Deutschlandpolitik zugrundelag: Zulassung und Förderung der Stärkung und Aufrüstung Deutschlands als Stoßkeil und Rammbock für den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Am 16. März 1935 führte die Hitlerregierung die Allgemeine Wehrpflicht ein, am 18. Juni gab die englische Regierung Deutschland grünes Licht für die Aufrüstung zur See durch ein

Flottenabkommen mit Deutschland, das diesem erlaubte, eine Kriegsflotte in der Größe von 35 Prozent der britischen Flotte aufzubauen, bei U-Booten sogar 45 Prozent.

Am 26. Juni wurde das „Reichsarbeitsdienstgesetz“ erlassen, durch das alle männlichen Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren ein halbes Jahr gegen ein Taschengeld Zwangsarbeit leisten mussten, vor allem beim Aufbau von Rüstungsobjekten, und in Ostelbien vorzugsweise auf den Junkergütern, und gleichzeitig durch vormilitärische „Erziehung“ zu künftigem Kanonenfutter gedrillt wurden.

Natürlich war all dies auch Gegenstand unserer Diskussionen in der KJVD-Gruppe. Hatten schon Dimitroffs Bekenntnis vor dem faschistischen Gericht zur Sowjetunion und seine Befreiung und die seiner mitangeklagten Genossen Popoff und Taneff aus den Klauen der deutschen Faschisten durch die Verleihung der Staatsbürgerschaft der UdSSR unser Vertrauen in die Sowjetunion als voll berechtigt bestätigt, so noch viel mehr die Tatsache, dass die Sowjetunion die einzige Macht in der ganzen Welt war, die konsequent dem faschistischen Deutschland entgegentrat und um eine kollektive Abwehrfront gegen deutsch-faschistische Aggressionen bemüht war. Dabei unternahm die Sowjetunion Schritte, die mit unseren bisherigen Vorstellungen über die Beziehungen eines sozialistischen Staates zu imperialistischen Staaten nicht entsprachen. So der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund am 18. September 1934, und erst recht der Abschluss eines Militärbündnisses mit einem imperialistischen Staat, wie er mit dem Beistandspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion am 2. Mai 1935, und danach am 16. Mai auch mit der Tschechoslowakei, vollzogen wurde.

Bisher war der Völkerbund für uns eine von den Imperialisten beherrschte und vor allem gegen die Sowjetunion gerichtete Institution, und bisher hielten wir ein regelrechtes Militärbündnis der Sowjetunion mit einem imperialistischen Staat, wie Frankreich, für unzulässig.

Der Geschichtsverlauf in seinen Widersprüchen lehrte uns aber, das dialektische Denken aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Mit dem Aufkommen des faschistischen Deutschland war eine neue Weltsituation entstanden: einerseits war dieser Staat die Speerspitze des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion. Zum anderen aber war das ein Staat, der nicht nur die Sowjetunion, auch nicht nur seine unmittelbaren Nachbarn, sondern alle Völker und Staaten bedrohte und der gefährlichste Herd eines neuen Weltkriegsbrandes war.

Und zum dritten war die Sowjetunion zu einer Macht emporgewachsen, ohne deren Mitwirkung eine erfolgreiche Bändigung des faschistischen Aggressors oder, im Falle dies nicht gelang, ein militärischer Sieg über den deutsch-faschistischen Aggressor kaum denkbar war. Aus alledem ergab sich, dass seine Bändigung bzw. ein Sieg über den deutsch-faschistischen Imperialismus im Interesse aller Völker lag, dass ein solcher Sieg aber zugleich ein Sieg über die Hauptkraft des Weltimperialismus und somit eine Stärkung aller antiimperialistischen und sozialistischen Kräfte sein würde.

Deshalb war es in dieser neuen Weltsituation eine Pflicht der Sowjetunion, durch ihren Eintritt in den Völkerbund zu versuchen, diesen aus einem Instrument der Organisation des samtimperialistischen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion in ein Instrument der Organisation eines Systems kollektiver Sicherheit zur Bändigung des deutsch-faschistischen Aggressors umzuwandeln, und ferner zu versuchen, durch militärische Beistandspakte eine mächtige Militärallianz zustande zu bringen, um den Aggressor an der Aggression zu hindern, oder aber ihm eine zerschmetternde Niederlage zu bereiten.

Kurzum, schon jetzt – noch bevor die Sowjetunion sich als der einzige Staat erwies, der dem republikanischen Spanien gegen die deutsch-italienische Intervention aktive Hilfe leistete – bewies die Politik der Sowjetunion, dass sie unser Vertrauen verdiente. Darin bestärkten uns auch die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (25. 7. – 20. 8. 1935) und der „Brüsseler Konferenz“ der KPD (3. - 15. 10. 1935), deren Materialien wir – natürlich erst erheblich später – in Gestalt illegaler Tarnschriften erhielten.

Das Jahr 1935 brachte auch weitere scharfe Einschnitte im ganz persönlichen Leben. Die meisten Mitschüler meiner Klasse verließen jetzt mit dem „Einjährigen“ die Schule, um sich ins Berufsleben zu begeben, so auch Werner Steinbrink.

Am 15. September 1935 wurden die „Nürnberger Gesetze“ erlassen. Das bedeutete, dass alle jüdischen Schüler und Schülerinnen die Schulen verlassen und entweder in bereits bestehende oder eigens neugeschaffene Schulen für jüdische Kinder und Jugendliche überwechseln mussten. Das betraf auch meinen Freund Lussi. Er ging in eine der jetzt von der jüdischen Gemeinde eingerichteten Schulen, die jüdische Kinder für die Übersiedlung nach Palästina vorbereiteten, und im Jahr 1936 verließ er Deutschland im Rahmen der „Kinderalija“ in Richtung Palästina. Als wir uns verabschiedeten, war er – wie ich – überzeugter, wenn auch – im Unterschied zu mir – nicht organisierter Kommunist. Aber er sagte mir, er sei entschlossen, in Palästina der Kommunistischen Partei beizutreten. Es kam aber anders. Wir blieben – das war leichtsinnig, aber wir mussten einfach voneinander wissen, wie es dem anderen erging – in Briefwechsel miteinander. Er wurde Mitglied eines Kibbuz. Seine ersten Briefe sprachen davon, dass er bei seiner bisherigen Haltung geblieben war. Aber dann kam ein Brief, der mir deutlich machte, dass er zum Zionisten – einem ‚linken‘, aber eben doch zu einem Zionisten – geworden war; er habe, schrieb er, entdeckt, dass er kein Europäer, sondern ein „Orientale“ sei. Im gleichen Brief aber – und das konnte ich überhaupt nicht begreifen – schrieb er in Worten höchster Begeisterung, ich müsse unbedingt Nietzsches „Zarathustra“ lesen. Ich tat's und schrieb ihm als Antwort, bei Nietzsche bestätige sich, dass die schönsten Blüten mitunter die giftigsten seien.

Unser Briefwechsel musste aber 1937 wegen erneuter Haussuchungen bei uns eingestellt und alle Briefe Lussis vernichtet werden. Von seiner Mutter erfuhr ich dann, dass er 1938 bei einem Gefecht mit Arabern umgekommen ist. So wurde Lussi das erste Opfer des Faschismus aus unserer Klasse der ehemaligen Karl-Marx-Schule.

Ihm sollten noch viele folgen: jene, die im Kriege fielen, vor allem aber Werner Steinbrink, der am 18. August 1942 zusammen mit Herbert Baum und anderen Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe in Plötzensee hingerichtet wurde dafür, dass sie am 18. Mai die von den Nazis im Berliner Lustgarten eröffnete Hetzausstellung „Sowjetparadies“ in Brand gesetzt hatten.

Doch zurück zum Jahr 1935. In diesem Jahr ereignete sich noch etwas, was weitab von allgemeinem öffentlichem Interesse lag und von dem ich erst viele Jahrzehnte später erfahren sollte, dass es doch auch für mich von Bedeutung war, weil von ihm ausgehend eine Persönlichkeit heranwuchs, die nicht geringen Einfluß auf meine Tätigkeit als Historiker und Faschismusforscher ausüben sollte: Am 8. Februar 1935 kam ein Knäblein zur Welt, das auf den Namen Manfred getauft wurde, und das, zu einem weltbekannten und anerkannten Historiker herangewachsen, nunmehr, im Jahre 2005, seinen 70. Geburtstag begeht.

Ihm, Manfred Weißbecker, verdanken es Jena und seine Universität, wenn sie zu DDR-Zeiten ein Zentrum schöpferischen Forschens über die grausamste und extremste Frucht am Baume des Imperialismus, über den Faschismus, wurden, und Jena das – wenn auch in sehr vermin-

derem Maße – auch heute noch ist; zu einem Zentrum, das zu einem Anziehungspunkt für Faschismusforscher aus beiden deutschen Staaten und darüber hinaus wurde. Durch Manfred Weißbecker wurde mir Jena so vertraut, wie keine andere Stadt der DDR außerhalb Berlins, (unseren Lieblings-Urlaubsort Lychen einmal ausgenommen.)

Ich verdanke Manfred viele wichtige Anregungen, die Möglichkeit zur Mitarbeit an großartigen internationalen Spitzenleistungen, wie etwa dem schon zum Klassiker gewordenen „Handbuch der Parteien“, die Möglichkeit zu fruchtbarem, mitunter auch sehr kontroverser Meinungsstreit, und bin sehr froh, meinen Dank für all das durch einen Beitrag zu diesem Bande abstellen zu dürfen.

Erschienen in: Kurt Pätzold und Erika Schwarz (Hrsg.), „Europa vor dem Abgrund - Das Jahr 1935 - Dem Historiker Manfred Weißbecker zum Siebzigsten“, Papyrossa Hochschulschriften Nr. 57, Köln, 2005, S. 146 - 155

Anmerkung:

(1) Auf einigen Seiten seines Vorwortes zum Band „Rufe in die Nacht. Gedichte aus der Fremde 1933 bis 1943“, Berlin 1947, S. 11-16, beschreibt Erich Weinert auch sein damaliges Wirken im Saargebiet.